

## Fachkonferenz „Zukunftsverantwortung – Wirtschaft und politische Bildung im Dialog“ am 6. Mai 2004 in Berlin

# Exklusiv-Interview mit dem Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse (MdB)



Bundestagspräsident  
Wolfgang Thierse (MdB)

*Staat und Gesellschaft werden heute mehr denn je mit Fragen und Problemen konfrontiert, die die globalisierte Weltwirtschaft aufwirft. Divergierende Interessensphären machen dabei die Lösung aufgeworfener Probleme nicht immer leicht, manchmal scheinen sie auch unmöglich. Ist unsere Zivilgesellschaft ausreichend gewappnet, gemeinsame Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen?*

**Wolfgang Thierse:** Dass viele bislang selbstverständliche Regelungen entweder nicht mehr allein oder nur noch unter sehr weitgehender Beachtung des globalen Geschehens von den Nationalstaaten getroffen werden können, wirft tatsächlich Probleme auf, im schlimmsten Fall könnten Legitimierung und Akzeptanz der Demokratie in Frage gestellt werden. Ich habe nicht den Eindruck, dass wir darauf mental und intellektuell vorbereitet sind. Manche Trends zur Oberflächlichkeit, zur Skandalisierung der Politik, zur Individualisierung, mit der oft die Ablehnung jeglicher eigener Verantwortung für gesellschaftliche Fragen einher geht und zum Vorrang des Spaßes, des schnellen Erfolgs vor der Anstrengung und vor langfristigem Engagement verschärfen die Lage: Die Bedingungen, unter denen wir entscheiden müssen, sind komplizierter gewor-

den, aber viele schauen noch weniger als früher genau hin.

*Nachhaltiges Wirtschaften, soziale und gesellschaftliche Verantwortung und interkulturelle Konflikte sind für immer mehr Unternehmen eine Herausforderung. Läuft dieses Engagement (verspätet) parallel zum allgemeinen Bürgerengagement?*

**Wolfgang Thierse:** Ich verstehe Ihre Frage nicht, denn ich nehme zwar einerseits ein zunehmendes Engagement von Unternehmen im kulturellen und im Bereich von Wohltätigkeit wahr; wir haben auch sehr lobenswerte, aus Unternehmen hervorgegangene Stiftungen, die eindrucksvolle Arbeit auch im wissenschaftlichen Bereich leisten, aber ob die Unternehmen ihre soziale und gesellschaftliche Herausforderung tatsächlich ausreichend annehmen, bezweifle ich bis zum Beweis des Gegenteils.

*Am 6. Mai 2004 findet im Schöneberger Rathaus in Berlin eine Fachkonferenz „Zukunftsverantwortung – Wirtschaft und politische Bildung im Dialog“ statt, an der Sie als Hauptredner mitwirken. Wie wichtig ist politische Bildung für den Wirtschaftsstandort Deutschland?*

**Wolfgang Thierse:** Deutschland ist mehr als ein Wirtschaftsstandort und der Mensch ist mehr als bloß Produzent und Konsument. Das wäre ein wichtiger Lehrsatz politischer Bildung, der auch für Menschen aus der Wirtschaft wichtig ist. Wenn die Gesellschaft nicht zusammenhält, wenn alles, was

uns an christlich-aufklärerischer Tradition, an den Aufträgen und Angeboten des Grundgesetzes, an ausgleichender Gerechtigkeit des Sozialstaates, um nur einige Grundwerte und Teile des demokratischen Konsens zu nennen, die bisher gewissermaßen als Kitt für Zusammenhalt und sozialen Frieden gedient haben, verloren geht, wird auch nicht mehr erfolgreich und in globalem Maßstab gewirtschaftet werden können. Für diesen Zusammenhalt und für den sozialen Frieden ist politische Bildung von zentraler Bedeutung. Allerdings kann sie nur erfolgreich sein, wenn die grundgesetzlich definierten Werte, die sie vermittelt, in der Realität (unter anderem auch des Handelns und Entscheidens von Unternehmen) eine Rolle spielen.

*Welche Möglichkeiten sieht die Politik, um Träger der politischen Bildung und Unternehmen enger zusammen zu bringen, und das in Zeiten „leerer Kassen“?*

**Wolfgang Thierse:** Wer ist „die Politik“? Ich kann Ihnen meine Gedanken vortragen. Ob die in den Landtagen – Bildung ist Ländersache – in allen Fraktionen des Bundestages, von allen Trägern der politischen Bildung geteilt werden, ist angesichts des gewollten Pluralismus unserer Gesellschaft zweifelhaft. Wenn es um Orte und Zeiten für politische Bildung geht, wenn es um Ansatzpunkte geht, unser Grundgesetz nicht nur abstrakt, sondern verbunden mit den realen Lebenswelten der zu Bildenden zu vermitteln, können Unternehmen auf der Hand liegen-

de Unterstützung leisten. Dann kann politische Bildung auch sehr preiswert sein. Aufpassen muss man, dass am Ende etwa die Bedeutung und der Sinn des Artikel 1 GG nicht allein von Betriebswirten interpretiert wird.

*Europa diskutiert heute über gemeinsame Wirtschaftsstrategien, über eine gemeinsame Verfassung, über eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik. Diskutiert Europa mit dem gleichen Engagement, mit der gleichen Hingabe über ein adäquates gemeinsames Bildungs- und Erziehungswesen?*

**Wolfgang Thierse:** Es gibt ein Ressort Kultur und Bildung der EU-Kommission, es gibt Förder- und

Stipendienprogramme der EU, es gibt bilaterale Abkommen zur gegenseitigen Anerkennung von Schul- und Hochschulabschlüssen – das sind gute Ansätze. Aber ich warne auch vor einem Zuviel an Delegation von Aufgaben auf die europäische Ebene. Es gilt doch ähnlich wie in der Individualpsychologie, dass Kooperation und Kompromiss umso besser gelingen, je sicherer sich eine Gesellschaft ihrer eigenen Kultur, ihrer eigenen Werte und ihrer eigenen diesbezüglichen Stärken ist. Außerdem müssen wir uns in die Lage versetzen, die EU und ihre – auch wenn die Verfassung noch kommt, dann immer noch – recht komplizierten, schwer durchschaubaren Entscheidungswege

zu verstehen. Wie sonst sollen wir zu einer europäischen Öffentlichkeit kommen, die Voraussetzung dafür ist, dass wir uns als Europäer auf zusätzliche Gemeinsamkeiten verständigen und dies nicht nur ein paar Experten überlassen?

Bis zu einem gemeinsamen Bildungs- und Erziehungswesen ist es noch ein weiter Weg – wenn es überhaupt sinnvoll ist. Ich bin für gemeinsame Standards, eine Definition, was gewusst werden muss, wenn man in Europa eine Hochschule besuchen will, beispielsweise. Aber solche gemeinsamen Standards haben wir ja noch nicht einmal in Deutschland!

*Das Interview führte Jürgen Klocke*

## „Zukunftsverantwortung“

### Presseerklärung der Bundeszentrale für politische Bildung:

Am 6. Mai 2004 findet unter Mitwirkung von Bundestagspräsident Wolfgang Thierse im Schöneberger Rathaus in Berlin die Fachkonferenz „Zukunftsverantwortung“ statt. Die Konferenz der Bundeszentrale für politische Bildung in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung e. V. Eschborn richtet sich an Vertreter aus der Wirtschaft und der politischen Bildungsarbeit, um erstmalig einen fachübergreifenden Dialog und eine Vernetzung dieser beiden Gruppen zu initiieren. Bislang gibt es kaum Kontakte zwischen Unternehmen und Anbietern politischer Bildung, obwohl sich viele Schnittstellen finden ließen.

So ist gesellschaftliche Verantwortung für zahlreiche Unternehmen durchaus ein wichtiges Thema, denn viele soziale Probleme wirken sich direkt in den Unternehmen aus: Belegschaften mit vielen Migranten und Migrantinnen oder global agierende Unternehmen sind beispielsweise oft mit interkulturellen Konflikten konfrontiert, die sich auch in wirtschaftlicher Hinsicht negativ auswirken können. Ähnliche Folgen kann auch ökologisches Fehlverhalten haben, wenn Verbraucher daraufhin Produkte boykottieren. Das Ansehen eines Unternehmens wird also zunehmend davon geprägt, ob es in überzeugender Weise Regeln der Nachhaltigkeit verfolgt und Mitverantwortung für die Bewältigung gesellschaftlicher Probleme übernimmt.

Politische Bildung ihrerseits vermittelt Wissen sowie Urteils-, Gestaltungs- und Handlungskompetenzen zu gesellschaftspolitisch relevanten Fragen und Problemen. Bildungsangebote beispielsweise zu interkulturellem Lernen, zur Globalisierungsthematik oder zu ökologischen

Fragen gehören zum Kompetenzkatalog vieler Träger politischer Bildung in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Veranstaltung wird sich vormittags in Vorträgen und Diskussionen mit den unterschiedlichen Verantwortlichkeiten von Seiten der Wirtschaftsunternehmen und den Anbietern von politischer Bildung auseinander setzen. In sechs Foren werden am Nachmittag Best-Practice-Beispiele zu Bildungsprojekten sowohl der Wirtschaft als auch der politischen Bildung vorgestellt und diskutiert. Dabei werden die folgenden Schwerpunkte gesetzt: „Ethik – verantwortliches Handeln in Wirtschaft und Gesellschaft“, „Interkulturelles Lernen“, „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“, „Nachhaltige Entwicklung“, „Frauen in Wirtschaft und Gesellschaft – Gender Mainstreaming – Diversity“, „Engagement für die Bürgergesellschaft“.

Die Idee und das Konzept zur Veranstaltung wurden gemeinsam von Vertretern aus der politischen Bildungsarbeit und der Wirtschaft entwickelt: Bundeszentrale für politische Bildung, Institut für Schulpädagogik und Didaktik der Sozialwissenschaften der Universität Gießen, Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft, Bündiger Kreis, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben, Deutscher Volkshochschulverband, Friedrich-Naumann-Stiftung, Deutsche Bank, Deutsche Telekom, BASF AG, Dornier GmbH, IHK Frankfurt a. M., Stiftung der Deutschen Wirtschaft, Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung.

Bundesweit sind Anbieter politischer Bildungsarbeit und Unternehmen herzlich eingeladen, während der Konferenz auf einem Markt der Möglichkeiten ihre beispielhaften Bildungsprojekte zu präsentieren.

**Anmeldungen und Informationen beim Konferenzmanagement apex, Tel.: 0 23 32/41 99, Fax: 0 23 32/75 70 56, E-Mail: ostermann@apex-management.de**